

In Bremen gab es eine ganze Serie von Brandanschlägen, vor allem auf Immobilienfirmen. Bei ihrer Ermittlungsarbeit stößt die Polizei auf ein besonderes Problem.

**„Die sind
doch nicht dumm.
Die nehmen ihr Handy
natürlich nicht mit.“**



No Trace Project / No trace, no case. A collection of tools to help anarchists and other rebels **understand** the capabilities of their enemies, **undermine** surveillance efforts, and ultimately **act** without getting caught.

Depending on your context, possession of certain documents may be criminalized or attract unwanted attention—be careful about what zines you print and where you store them.



„Die sind doch nicht dumm. Die nehmen ihr Handy natürlich nicht mit.“

Original text in German

2020

endofroad.blackblogs.org/archive/10741

Layout

No Trace Project

notrace.how/resources/de/#nicht-dumm

Brandanschläge weiter ungeklärt. Ermittler erstellen Täterprofile.

In Bremen gab es eine ganze Serie von Brandanschlägen, vor allem auf Immobilienfirmen. Bei ihrer Ermittlungsarbeit stößt die Polizei auf ein besonderes Problem.

2019 gab es in Bremen eine regelrechte Serie von Brandanschlägen und Sachbeschädigungen, und auch für das erste Halbjahr 2020 stehen bereits wieder fünf Brandattacken zu Buche. Getroffen hat es vor allem Gebäude und Fahrzeuge von Immobilienunternehmen, aber auch die Polizei war zuletzt mehrfach Ziel der Täter. Die kommen mutmaßlich aus dem linksextremistischen Lager, zumindest weisen Bekennerschriften darauf hin. Die Polizei hat zur Aufklärung der Brandanschläge eine Ermittlungsgruppe „Feuer“ eingerichtet. Doch Erfolge blieben bislang aus, kein einziger Täter konnte ermittelt werden. Die Gründe hierfür erläutern Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) und Kripo-Chef Jürgen Osmers im Gespräch mit dem WESER-KURIER.

2018 gab es bundesweit 119 Brandanschläge, die dem linksextremistischen Lager zugerechnet wurden, zitiert Mäurer eine Statistik des Bundeskriminalamtes. „Wissen Sie, wie viele Tatverdächtige hierzu insgesamt ermittelt wurden? Ganze zwei.“ Noch etwas ist dem Innensenator an dieser Stelle wichtig. Niemand solle glauben, das Thema Extremismus werde in Bremen nicht ernst genommen. Seit seinem Amtsantritt sei das Personal beim Staatsschutz von 35 auf 75 aufgestockt worden, das des Verfassungsschutzes von 40 auf 70. „Zusammen mit der Analyseabteilung befassen sich inzwischen rund 150 Mitarbeiter damit“, so Mäurer.

Wenig Vorkenntnisse gefragt

Die extrem niedrige Aufklärungsquote in diesen Fällen sei weder eine rein Bremer Angelegenheit noch eine Frage des personellen Engagements, betont Mäurer. Vielmehr sei sie deliktbedingt: Um solch einen Brandanschlag zu verüben, brauche es keine großen Vorkenntnisse; und die Mittel, die man dafür benötigt, stünden unbegrenzt für jedermann zur Verfügung. „Völlig simpel alles. Selbst Kinder oder Jugendliche könnten das.“

Doch es sind eben nicht Kinder oder Jugendliche, die die Gebäude und Fahrzeuge in Brand stecken. Ebenso wenig wie linke Chaoten mit Hang zur Sachbeschädigung, sondern nach Einschätzung der Polizei kleine Gruppen älterer, lebenserfahrener und gut organisierter Menschen. Genau hier liegt für Kripo-Chef Osmers das entscheidende Problem. Die Täter handelten überlegt, gingen taktisch vor, stets darauf bedacht, keine Spuren zu hinterlassen. Von der Vorbereitung über die Ausführung bis hin zum Rückzug werde in jeder der Tatphasen planvoll gearbeitet—bis hin zur eingeübten Verhaltensweise für den Fall, doch ins Visier der Sicherheitsbehörden zu geraten.

„Wir haben deshalb in diesen Fällen ganz wenig Ansatzpunkte“, erklärt Osmers. Verwendbare Spuren gebe es nach Bränden ohnehin selten, und auch auf die Hilfe von Überwachungskameras brauche man nicht zu hoffen. Die Täter agierten verumummt, komplett schwarz gekleidet, hätten manchmal sogar große Regenschirme dabei, um mögliche Erkenntnisse der Polizei über die Art, wie sie gehen oder sich bewegen zu verhindern.

Ähnliches gelte in Bezug auf digitale Spuren. Mobiltelefone, die per Funkzellenanalyse Rückschlüsse auf den Aufenthaltsort von Verdächtigen zur Tatzeit zulassen? Kripo-Chef Osmers winkt ab. „Die sind doch nicht dumm. Die nehmen ihr Handy natürlich nicht mit.“ Und wenn es denn tatsächlich mal zur Durchsuchung einer Wohnung komme, finde man auch dort nichts auf den Computern der Verdächtigen. „Alles, was normalen Kriminellen das Genick bricht, haben wir hier nicht.“ Nicht einmal die bei anderen durchaus übliche Prahlerei im privaten Umfeld gebe es. „Dafür gehen die Täter einfach zu konspirativ vor“, so der Kripo-Chef.

„Diejenigen, die bei Demos offen gewalttätig auftreten, sind es eher nicht“

Da helfe auch nicht, dass es sich bei den gewaltbereiten Linken in Bremen seit Jahren um eine relativ feste, stabile Szene handele, zu der der Verfassungsschutz gut 200 Personen zählt. „Die Beobachtung der Masse bringt uns hier nicht weiter“, sagt Osmers. „Diejenigen, die bei Demos

offen gewalttätig auftreten, sind es eher nicht.“ Für die Brandstifter bestehe bei solchen Aktionen ein viel zu hohes Risiko, erwischt zu werden.

Was natürlich nicht bedeute, dass die Polizei untätig bleibe. „Wir versuchen, genauso planvoll dagegenzuhalten“, betont der Kripo-Chef. „Aber wir brauchen in solchen Fällen einen langen Atem, müssen viele Teile zusammensuchen, bis irgendwann dann vielleicht doch ein Gesamtbild entsteht.“ Dazu, wie diese Ermittlungsarbeit im Detail aussieht, äußert sich Osmers nicht. Auf der Hand liegt, dass die Polizei sich nicht allein auf die klassische Spurensuche beschränkt, sondern darüber hinaus Täter- und Gruppenprofile erstellt. Selbst das sogenannte Mantrailing, die Personensuche mit Spürhunden, kommt bei der Suche nach den Brandstiftern zum Einsatz.

Dass ausgerechnet Bremen derzeit ein besonders großes Problem mit Linksextremisten hat, sehen weder Mäurer noch Osmers. „Dieses Thema gab es früher unter anderen Koalitionen auch schon“, sagt der Innensenator. Und da werde auch nicht groß zwischen den Parteien unterschieden. „Wir sind alle Teil des repressiven Staatsapparates, der bekämpft wird.“ Kripo-Chef Osmers fasst die Situation so zusammen: „Wir sind hier stark gefordert. Wie andere große Städte auch.“